Gewebe- und Organspende

Einigung auf Erklärungsmodell

© Matthias Emert / Springer Medizin

Mit dem neuen Gesetzentwurf wird auch das Ziel verfolgt, in Krankenhäusern Anreize zu schaffen, die Organisationsabläufe bei Transplantationen zu verbessern.

Schon bald wird jeder Bürger gefragt werden, ob er im Falle seines Todes Organ- und Gewebespender sein möchte oder nicht. Wie diese Befragung organisatorisch ablaufen und erfasst werden soll, wurde jetzt in einem Neuentwurf zum Transplantationsgesetz festgehalten.

Lange wurde hinter den Kulissen verhandelt, jetzt gewinnt die Debatte über eine Novelle des Transplantationsgesetzes an Fahrt. Nachdem alle Fraktionen des Bundestags eine Grundsatzeinigung über die Neuregelung der Organspende erreicht haben, wurde am 5. März ein entsprechender Gesetzentwurf veröffentlicht. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) lobte den Gruppenantrag als einen großen Erfolg. Es sei wichtig, über die Organ- und Gewebespende zu informieren. „Jeder, der sich nicht selbst erklärt, lastet die Entscheidung seinen Angehörigen auf, die diese dann in einer schwierigen Situation treffen müssten.“ Nun soll jeder Bürger über 16 Jahre „ausdrücklich“ dazu aufgefordert werden, „eine Entscheidung zur Organspende abzugeben.“ Dieses Modell soll an die Stelle der bisherigen erweiterten Zustimmungslösung treten.

Versicherer sollen die Aufklärungsarbeit leisten

Außer Landes- und Bundesbehörden werden insbesondere die gesetzlichen Krankenkassen und Unternehmen der PKV-Branche in die Pflicht genommen werden, ihre Versicherten über die Möglichkeiten der Organ- und Gewebespende sowie über die Voraussetzungen der postmortalen Organ- und Spendeentnahme zu informieren. Auch der Nutzen für Kranke, die auf ein Organ oder eine Gewebespende warten, soll dabei erläutert werden. Die maßgebliche Vorgabe lautet: „Die Aufklärung soll die gesamte Tragweite der Entscheidung umfassen und muss ergebnisoffen sein.“ Diese Vorgehensweise hält Bahr angesichts des „sensiblen“ Themas für den besten Weg. Aufgabe der Kassen soll es auch sein, „fachlich qualifizierte Ansprechpartner für Rückfragen der Versicherten zu benennen“. Wer diesen „Auskunftsdienst“ lei-

stet, legt der Gesetzgeber nicht fest – das soll den Kassen überlassen werden. Ärzte als Ansprechpartner erwähnt der Gesetzestext im Übrigen nicht.

Die Spendereinwilligung soll auf die Gesundheitskarte

Gemäß dem Gesetzentwurf soll die elektronische Gesundheitskarte (eGK) als Speichermedium der Entscheidung dienen, die mit entsprechendem Informationsmaterial zur Organspende ausgehändigt werden wird. Privat Krankenvollversicherte sollen die Informationen mit der Beitragsmitteilung erhalten. Solange Versicherte noch keine eGK haben, sollen sie alle zwei Jahre erneut mit Informationsmaterial von ihrer Kasse oder Versicherung versorgt werden. Dabei ist es den Versicherten freigestellt, ob sie zur Dokumentation die eGK nutzen oder wie bisher alles zu Papier bringen. Grundlegend für das ganze Verfahren ist die Freiwilligkeit. Wörtlich heißt es, dass „niemand verpflichtet werden kann, eine Erklärung zur Organ- und Gewebespende abzugeben“.

Die neue Regelung setzt voraus, dass die Versicherten ihre Erklärung mit einer PIN geschützt auf der Gesundheitskarte dokumentieren können. Dafür müssen sie Zugriffsrechte zum Schreiben, Lesen, Ändern oder Löschen auf der Karte erhalten. Mit der technischen Umsetzung wird die Gesellschaft für Telematik beauftragt. Die derzeit ausgegebenen eGK sind nicht dafür vorbereitet, die Organ- und Gewebespendeerklärung zu speichern. Die Tests dazu, heißt es im Gesetzentwurf, könnten „frühestens 2014 beginnen“.

Der Gesetzentwurf will nach Angaben von Bahr darüber hinaus in Krankenhäusern Anreize schaffen, die Organisationsabläufe bei Transplantationen zu verbessern. Jedes Krankenhaus soll verpflichtet werden, einen Transplantationsbeauftragten zu bestellen. Dadurch soll der Verlust an Organspenden, der durch organisationsbedingte Defizite hervorgerufen werde, verringert werden, so Bahr.

Sunna Gieseke / Florian Staack